

BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFTLICHE
ANGELEGENHEITEN

24. BERICHT

über die

LAGE DER FORSCHUNG

im

BEREICH DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFTLICHE
ANGELEGENHEITEN im Jahre 1990

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Vorwort	I
1. Allgemeine Bauforschung	
1.1 Allgemeiner Überblick	1
1.2 Forschungsanalytischer Teil	2
2. Technisches Versuchswesen	
2.1 Allgemeiner Überblick	2
2.2 Forschungsanalytischer Teil	
2.2.1 Nichtstaatliche Anstalten	6
2.2.2 Staatliche Anstalten	7
2.2.2.1 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	7
2.2.2.2 Beschüßämter	8
3. Übersicht über die Förderungen und Aufträge auf dem Gebiet der Allgemeinen Bauforschung und des Technischen Versuchswesens	9
3.1. Förderungen	
3.1.1. Allgemeine Bauforschung	9
3.1.2. Technisches Versuchswesen	9
3.2. Aufträge	14
4. Straßenforschung	17
4.1 Allgemeiner Überblick	17
4.2 Forschungsanalytischer Teil	18
5. Allgemeine Hochbauforschung	19
5.1 Allgemeiner Überblick	19
5.2 Forschungsanalytischer Teil	19
6. Wohnbauforschung	21
7. Wirtschaftswissenschaftliche Forschung für Gewerbe, Handel und Industrie	22
7.1 Allgemeines	22
7.2 Forschungsanalytischer Teil	22
8. Energieforschung	24
9. Allgemeine Innovationspolitik	25

V O R W O R T

Gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/81, hat die Bundesregierung dem Nationalrat bis zum 1. Mai eines jeden Jahres unter Bedachtnahme auf die Berichte nach § 4 Abs. 1 lit. c und § 11 Abs. 1 lit. c des Forschungsförderungsgesetzes einen umfassenden Bericht über die Lage und Bedürfnisse der Forschung in Österreich vorzulegen.

Als Beitrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten dient der vorliegende 24. Bericht, der das Jahr 1990 betrifft. Er gliedert sich in einen allgemeinen Teil und in einen forschungsanalytischen Teil.

Zur Information des Lesers werden im allgemeinen Teil die vielfältigen im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten durchgeführten Forschungstätigkeiten übersichtsartig dargestellt.

Im forschungsanalytischen Teil erfolgt ein Bericht über die quantitative Situation im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und seiner Dienststellen, wobei insbesondere auf die aufgewendeten Mittel eingegangen wird.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

ALLGEMEINE BAUFORSCHUNG

1.1 Allgemeiner Überblick

Die Bauforschung ist ein notwendiger Faktor für den Fortschritt in Technik und Wirtschaft. Sie gilt als wichtiger Sektor der angewandten Forschung. Die Erweiterung der Kenntnisse durch die Bauforschung schafft die Voraussetzungen für die Anpassung der Bautechnik an die jeweiligen Erfordernisse im Bauwesen, vorwiegend durch Verbesserung bestehender Verfahren und Entwicklung neuer Baumethoden. Unter dem Begriff der Allgemeinen Bauforschung sind alle jene Forschungsmaßnahmen zu verstehen, die nicht unter Straßenforschung und Wohnbauforschung einbezogen werden können. Es gilt insbesonders Forschungsarbeiten zu fördern, die einerseits für das gesamte Bauwesen und andererseits für ganz spezielle Bereiche desselben von Bedeutung sind. Vorwiegend sind solche Forschungsaufgaben zu erfüllen, für die von Unternehmerseite kein unmittelbarer Nutzen besteht, die aber aus Gründen der Sicherheit, Qualitätsförderung und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Interesse liegen.

Hiezu gehören u.a. Angelegenheiten der Innovation, Normung, Terminologie und Information, Entwicklung und Verbesserung von Baumethoden, Baustoffen und Prüfverfahren, sicherheitstechnische Prüfungen, Raumordnungs- und Umweltprobleme, soweit sie das Bauwesen betreffen.

1.2 Forschungsanalytischer Teil

Im Jahr 1990 stand ein Förderungsbeitrag von S 157.140,-- zur Verfügung. Die Forschungsmittel wurden in diesem Jahr für 1 Projekt betreffend die "Untersuchung alter Holzkonstruktionen-Verbindungsmitte" aufgewendet (siehe auch Abschnitt 3.)

Die Berichte über die Forschungsarbeiten liegen im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für alle Interessenten zur Einsicht auf. Da die Forschungsergebnisse der Allgemeinen Bauforschung zum großen Teil in ÖNORMEN berücksichtigt werden, ist die Möglichkeit einer bundesweiten Anwendung in besonderem Maße gegeben. Darüber hinaus werden die erforderlichen Unterlagen der Faktenkundokumentation des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt.

2. TECHNISCHES VERSUCHSWESEN

2.1 Allgemeiner Überblick

Unter dem Technischen Versuchswesen sind alle Untersuchungen zur Gewinnung von Erkenntnissen im Rahmen technischer Aufgabenstellungen zu verstehen, sofern sie unter Anwendung wissenschaftlicher und technischer Methoden und Erkenntnisse durchgeführt werden.

Das Technische Versuchswesen umfaßt Angelegenheiten der wirtschaftlich-technischen Forschung, der technischen Entwicklung sowie das Materialprüfwenen.

In diesem Sinne wurde die finanzielle Förderungstätigkeit insbesondere auf dem Gebiet der Kunststofftechnik der Holzforschung, der Elektronenmikroskopie sowie der Materialuntersuchungen und der Entwicklung von Prüf- und

Meßverfahren fortgesetzt und die Bestrebungen im Hinblick auf Koordinierung und Konzentration des Versuchswesens weitergeführt.

Ein Teil der für die Förderung des Technischen Versuchswesens zur Verfügung gestandenen Mittel wurde für Projekte eines die technische Entwicklung fördernden Sonderprogrammes verwendet. Im Rahmen dieses Sonderprogrammes werden Klein- und Mittelbetriebe, die sich bislang mit notwendigen Forschungsarbeiten nicht befassen konnten, besonders gefördert, wenn sie Forschungs-, Versuchs- oder Prüfaufträge ihre eigene Entwicklung betreffend, an fachlich zuständige Forschungs- und Versuchsanstalten vergeben. Auf diese Weise konnte die Entwicklung neuer Produkte bzw. die Steigerung der Qualität vorhandener Erzeugnisse angeregt werden.

Die Begutachtung von Anträgen um Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben erfolgt durch einen mit der Allgemeinen Bauforschung gemeinsamen Fachbeirat, der als beratendes Organ vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten berufen wurde.

Für die Durchführung der Förderung von Forschungsvorhaben gelten sinngemäß die einschlägigen Bestimmungen des Forschungsförderungsgesetzes, des Forschungsorganisationsgesetzes und die für das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten geltenden "Richtlinien für die Gewährung von Forschungsförderungen und die Erteilung von Forschungsaufträgen".

Zur Information über die Forschungsergebnisse der auf dem Gebiet des Technischen Versuchswesens geförderten Projekte liegen nach deren Fertigstellung die kompletten Endberichte im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für alle Interessenten zur Einsicht auf.

Darüber hinaus werden die erforderlichen Unterlagen der Faktendokumentation des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt.

Die Koordinationsbestrebungen bezüglich der staatlichen Technischen Versuchsanstalten wurden durch das mit Beschuß der Bundesregierung vom 1.12.1976 eingesetzte Interministerielle Komitee für die Koordination des Technischen Versuchswesens fortgesetzt.

Aufgabe des Interministeriellen Komitees ist vor allem die Erarbeitung von Richtlinien (organisatorisch, wirtschaftlich), die Beratung von Vorschlägen der Arbeitsgruppen hinsichtlich der Koordination der Versuchsanstalten, deren Personalprobleme sowie die Stellungnahme zu beabsichtigten Neugründungen bzw. Erweiterungen von Versuchsanstalten sowie die Anschaffung von Versuchseinrichtungen mit hohem Investitionsbedarf.

Im Berichtsjahr wurde ein Spiegelkomitee zu der europäischen Organisation EUROLAB (welche innerhalb von EG und EFTA für das Prüfwesen zuständig ist) gegründet. Mitarbeiter dieses Spiegelkomitees sind staatlich autorisierte Prüfstellen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten. Aufgabe dieses Komitees ist die Vertretung der österreichischen Interessen in EUROLAB. Weiters ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in der WELAC (Western European Laboratory Cooperation) vertreten und wirkt bei der Erarbeitung von Richtlinien mit.

Auf Grund der Integrationsbemühungen Österreichs, bzw. der Schaffung des europäischen Wirtschaftsraumes wird es künftighin dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen, für gewisse technische Bereiche

Versuchsanstalten und dergleichen zu nominieren, deren Zeugnisse international anerkannt werden. Auf Grund der Federführung des BMwA's im internationalen und nationalen Akkreditierungswesen (Österr. Vertretung im Ständigen Komitee der Tampere-Konvention und der WELAC) ist es notwendig, zur Kontrolle der Prüftätigkeit von technischen Versuchsanstalten auf verschiedenen technischen Gebieten Ringversuche durchzuführen. In diesem Sinne wurden 3 Aufträge zur Durchführung von Ringversuchen zur Prüfung von Bauprodukten und 1 Auftrag auf dem chemischen Bereich erteilt.

Die internationale Kooperation im wirtschaftlich-technischen Bereich wurde fortgeführt. Im Rahmen der österr.-ungarischen Zusammenarbeit wurde ein Informationsaustausch auf dem Gebiet des Normenwesens durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit der UdSSR konnte auch 1990 im verstärkten Rahmen fortgeführt werden, so fand im Juni 1990 in Moskau die 7. Tagung der Arbeitsgruppe für Bauwesen und Baumaterialien statt. Anlässlich der Tagung der Arbeitsgruppe wurde eine Firmenpräsentationsreise nach Moldavien, Odessa und Usbekistan durchgeführt, wobei viele Kontakte zu regionalen und lokalen Behörden als auch zu Firmen hergestellt werden konnten.

Im April 1990 fand in Moskau die 8. Tagung der österr.-sowjetischen Arbeitsgruppe für Standardisierung und Metrologie statt. Anlässlich der Tagung war es möglich, die Kooperationen auszuweiten, sowie interessante Arbeiten der Sowjetunion kennenzulernen. Weiters fanden mehrere gegenseitige Expertenbesuche statt.

Im Berichtsjahr wurde drei weiteren Versuchsanstalten nach der "Lex Exner", RGBl. Nr. 185/1910, die Autorisation erteilt, auf ihrem Fachgebiet Zeugnisse auszustellen, die Urkundencharakter besitzen.

2.2 Forschungsanalytischer Teil

2.2.1 Nichtstaatliche Anstalten

Die nichtstaatlichen Anstalten wurden im Rahmen des Technischen Versuchswesens - so wie in den vergangenen Jahren - sowohl durch die erwähnten Koordinierungsbestrebungen, durch weitere Verbesserungen der Kontakte mit ausländischen Versuchs- und Forschungseinrichtungen, als auch durch beratende Tätigkeit und durch finanzielle Zuwendungen gefördert.

Die finanziellen Zuwendungen erfolgten durch die Gewährung von Förderungsbeiträgen damit die betreffenden Versuchsanstalten bzw. die Klein- und Mittelbetriebe, die für eine erfolgreiche Tätigkeit notwendigen Voraussetzungen schaffen können. Auf dem Gebiet des Technischen Versuchswesens standen im Jahre 1990 für nichtstaatliche Versuchsanstalten und Versuchseinrichtungen von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft sowie für Prüfaufträge von Klein- und Mittelbetrieben an außenstehende Fachinstitute für Förderungsbeiträge rd. S 4,9 Mio. zur Verfügung. Dieser Betrag wurde nahezu zur Gänze ausgeschöpft (siehe Abschnitt 3.1.2.).

Die für vier Aufträge vergebenen Mittel beliefen sich auf S 90.900,-- (Abschnitt 3.2.).

2.2.2 Staatliche Anstalten

Neben ihren hoheitlichen Befugnissen haben auch das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sowie die Beschußämter Wien und Ferlach die Möglichkeit, im Rahmen der bestehenden personellen und finanziellen Gegebenheiten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten wahrzunehmen.

2.2.2.1 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Im Bereich der Gruppe Eichwesen wurde eine bisher weltweit einzigartige Prüfeinrichtung für oszillatiorische Blutdruckmeßgeräte gebaut, die eine sehr naturgetreue Simulation der physiologischen Vorgänge beim Blutkreislauf mit rein mechanischen Mitteln ermöglicht. Damit konnte die Übereinstimmung der nach der oszillatorischen Methode gemessenen Blutdruckwerte mit den nach der herkömmlichen Riva-Rocci-Methode gemessenen Werten bestätigt werden.

Schwerpunkt der Forschungstätigkeit der Gruppe Kataster, Grundlagenvermessungen, Staatsgrenzen war die Erarbeitung der technischen Grundlagen zur Darbietung und Führung der graphischen Informationen des Katasters in automationsunterstützter Form als Bestandteil eines umfassenden Bodeninformationssystems. Neben den bisherigen Verwendungszwecken wird das Bodeninformationssystem künftig neue Möglichkeiten der Nutzung der Katasterdaten bieten. Haupttätigkeit war die Kategorisierung und Führung der grundstücksbezogenen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse an Grund und Boden für die Erstellung langjähriger Zeitreihen sowie flächen- bzw. grundstücksbezogener Auswertungen.

Im Bereich der Landesaufnahme stand die Prüfung, Verdichtung und Ergänzung des in den Jahren 1976 bis 1988 erstellten, das gesamte Staatsgebiet deckenden digitalen Geländehöhenmodells zur Ermöglichung einer universellen Verwendbarkeit im Vordergrund der Forschungstätigkeit. Die photogrammetrische Auswertung des Bildmaterials bezieht sich auf Formenlinien, Bruchlinien, einzelne Geländepunkte sowie lokale Extremwerte.

Die erfaßten Daten werden mittels Programm Paket SCOP (Stuttgarter Contour Programm) einer abschließenden Kontrolle unterzogen und im Wege der Datenfernverarbeitung modellweise in der Geländehöhendatenbank archiviert. Nach Abschluß der Basisdaten-Erfassung als dreidimensionale Grundlage für den Aufbau eines Bodeninformationssystems wird eine Aussage über die tatsächlich erreichte Genauigkeit der vorhandenen Daten getroffen werden können.

2.2.2.2 Beschußämter

Neben der Beschußtätigkeit gemäß den amtlichen Beschußvorschriften führen die beiden Beschußämter Wien und Ferlach im Rahmen des schießtechnischen Versuchs- und Untersuchungsdienstes physikalisch-technische Erprobungen auf dem Gebiet des Schießwesens durch und wirken bei der Entwicklung neuer und verbesserter Erzeugnisse mit. Diese Mitwirkung betrag neben Jagd- und Sportwaffen auch die ballistische Meßtechnik sowie Sicherheitseinrichtungen.

Übersicht über die Förderungen und Aufträge auf dem Gebiet
der ALLGEMEINEN BAUFORSCHUNG und des TECHNISCHEN VERSUCHS-
WESENS im Jahr 1990

3.1 FÖRDERUNGEN

3.1.1 Allgemeine Bauforschung

Nr. 87 Österr. Gesellschaft zur Erhaltung von Bauten,
Wien

"Untersuchung alter Holzkonstruktionen-Verbindungs-
mittel"; Laufzeit: 6 Monate; Förderungsbeitrag:
S 157.140,--

Das vorgesehene Forschungsprogramm soll eine praxisge-
rechte Aufarbeitung von Rechenansätzen für das Trag-
verhalten alter Dachkonstruktionen liefern. Die bisher
nur in Einzelfällen untersuchten Verbindungselemente
sollen in einer repräsentativen Versuchsreihe getestet
werden, wobei das Schwergewicht auf den bleibenden
Verformungen ("Schlupf") und dem Last-Verformungsver-
halten liegt.

3.1.2 Technisches Versuchswesen

Nr. 478 AVL-Gesellschaft für Verbrennungskraft-
maschinen und Meßtechnik m.b.H., Prof.Dr.Dr.h.c. Hans
List, Graz

"Entwicklung von verbrauchsgünstigen und abgasarmen
PKW-Antriebskonzepten"; Laufzeit: 2 Jahre; Förderungs-
beitrag: S 900.000,--;

Im gegenständlichen Vorhaben werden zukünftige Otto-
und Dieselmotorkonzepte erarbeitet. Zielsetzung ist

die Erfüllung schärfster zukünftiger Abgasgrenzwerte bei niedrigsten Kraftstoffverbräuchen auch im Hinblick auf eine mögliche Begrenzung der CO₂-Emission. Ausgehend von Grundlagenuntersuchungen auf den Gebieten Gemischbildung und Verbrennung werden diese Konzepte an Vollmotoren entwickelt, wobei einen Schwerpunkt die Optimierung des instationären Motorbetriebsverhaltens und der Regelstrategien der Motorsteuerungssysteme darstellt.

Nr. 495 Österreichisches Kunststoffinstitut, Wien

"Brandprüfung von Kunststoffen nach CEN-Normen";

Laufzeit: 1 1/2 Jahre; Förderungsbeiträge:

S 689.865,-- (1990); 1991 S 228.690,-- (1991);

Ziel des gegenständlichen Vorhabens ist es zunächst, die apparativen Prüfmöglichkeiten am Österreichischen Kunststoffinstitut unter Zugrundelegung der laufenden CEN-Aktivitäten im Bereich der Brandprüfung derart zu erweitern, daß zumindest ein Teil der künftig erforderlichen Prüfungen abgedeckt werden kann. Nach Installation der neuen Prüfgeräte soll dann in weiterer Folge durch vergleichende Untersuchungen von typischen Vertretern einzelner Kunststoffgruppen festgestellt werden, inwieweit sich Zusammenhänge zwischen den Prüfergebnissen auf der Basis der bestehenden sowie der neuen CEN-Normen erkennen lassen. Derartige Informationen sind nicht nur für die anwendungstechnische Beurteilung von Kunststoffprodukten sowie für Rezeptur-entwicklungen von Bedeutung, sondern können auch als wertvolle Basis für die nach Inkrafttreten der CEN-Normen erforderliche Erstellung neuer Grenzwerte zur Beurteilung des Brandverhaltens von Kunststoffen dienen.

Nr. 496 Zentrum für Elektronenmikroskopie, Graz

"Verbesserung der Analytik für TEM-Werkstoffuntersuchungen", Laufzeit: 1 Jahr; Förderungsbeitrag: S 800.000,--;

Für die Untersuchung submikroskopischer Bereiche (wie z.B. von Ausscheidungen in Werkstoffen) ist die Analytische Durchstrahlungselektronenmikroskopie von großer Bedeutung, weil morphologische Aussagen, die durch Abbildungen erreicht werden, durch Informationen über die chemische Zusammensetzung der beobachteten Bilddetails ergänzt werden können. Durch diese Möglichkeiten wird eine Bildinterpretation erheblich erleichtert. Geräte, die diese Leistungen erbringen, bestehen aus einem Durchstrahlungselektronenmikroskop mit Rasterzusatz als Grundgerät, einem energiedispersiven Röntgenspektrometer und neuerdings auch aus einem Elektronenenergieverlustspektrometer. Die Vorteile dieses Gerätes können nur dann sinnvoll genutzt werden, wenn es mit einem computerunterstützten Analysensystem ausgerüstet wird. Im Rahmen dieses Vorhabens soll das Analysensystem angeschafft werden. Die damit erhaltenen Ergebnisse können wesentlich zu der für viele Fragestellungen so wichtigen Klärung der Zusammenhänge zwischen Stoffeigenschaften und strukturellem Aufbau beitragen.

Nr. 497 Franz Tüchler, Wien

"Spezialgewebe für elektronische Blue-Box-Effekte"; Laufzeit: 1 Jahr; Förderungsbeitrag: S 132.640,--;

Im Rahmen dieses Vorhabens soll ein Spezialgewebe für Blue-Box-Effekte, nach den vorliegenden Forschungsergebnissen, einerseits unter industriellen Bedingungen

hergestellt werden und andererseits auf seine Gebrauchseigenschaften hin ausgetestet werden. Die ersten Versuchsgewebe, welche allerdings nur in kleinen Mengen hergestellt wurden, haben bei Fernsehtechnikern großes Interesse hervorgerufen, da die Eigenschaften in optischer Hinsicht nahezu gleich waren wie die der bisherigen Spezialfolie, die anderen Gebrauchseigenschaften aber wesentlich besser sind.

Nr. 499 Österr. Gesellschaft für Holzforschung/Österr.
Holzforschungsinstitut, Wien

"Europäisches Forschungsprojekt Formaldehyd in Werkstoffen";

Laufzeit: 2 Jahre; Förderungsbeitrag: S 691.000,--;

Formaldehydemissionen aus Holzwerkstoffen können in hohem Maße variieren und zählen zu jenen Umweltbelastungen, welche über die Luft von Aufenthalts- und Wohnräumen das menschliche Wohlbefinden stören. Eine objektive Messung für die Begrenzung der Formaldehydabgabe über die Raumluftkonzentration wäre daher wünschenswert. Obwohl es bereits empfohlene Grenzwerte in Richtlinien und Verordnungen gibt, sind die zur Ermittlung der Konzentration vorhandenen Meßmethoden keineswegs als korrekt anzusehen. Weiters wird mit diesem Forschungsprojekt eine einheitliche internationale Lösung der Formaldehydbegrenzung angestrebt.

Nr. 498 Österr. Gesellschaft für Holzforschung/Österr.
Holzforschungsinstitut, Wien

"Einfluß der Holzrisse auf die Wirksamkeit von chemischen Schutzmaßnahmen"; Laufzeit: 2 Jahre; Förderungsbeitrag: S 157.000,--;

Statisch beanspruchte Holzteile in Dachstühlen sollen über Jahrzehnte gleichbleibende Festigkeitseigenschaften aufweisen. Im Gegensatz zur früher üblichen Überdimensionierung werden heute Querschnitte verwendet, die eine Schwächung durch Pilze und vor allem durch Insekten nicht mehr zulassen. Chemischen Holzschutzmaßnahmen kommt daher eine immer größer werdende Bedeutung zu, da sich vor allem Insektenbefall durch bauliche Maßnahmen allein nicht verhindern lässt. Auf Grund der im vorliegenden Projekt geplanten Versuche und Beobachtungen sind Vorgangsweisen zu erarbeiten, die einerseits für Säger und Zimmerer akzeptabel sein können, die andererseits auch den erforderlichen langfristigen Schutz durch chemische Holzschutzmittel gewährleisten können.

Nr. 501 Österreichisches Kunststoffinstitut, Wien

"Optimierte Kunststoffrohrprüfung nach europ. Standard";

Laufzeit: 1 Jahr; Förderungsbeitrag: S 900.000,--;

Im Zuge der Harmonisierungsbestrebungen auf dem europäischen Markt ist es aus Gründen der verstärkten Konkurrenz äußerst wichtig, ein möglichst hohes Qualitätsniveau der österr. Kunststoffrohre- und Rohrteile zu erreichen und sicherzustellen, wobei der Entwicklung des europäischen Normungs- und Qualitätssicherungssystems Rechnung getragen werden muß. Dies ist nur durch entscheidende Verbesserungen bei der meßtechnischen Erfassung des Eigenschaftsbildes dieser Produkte möglich. Hierfür sind ebenso präzise wie zuverlässige rechnergestützte Meßsysteme erforderlich, die mit Hilfe der neuesten Entwicklungen auf dem Sektor der Elektronik und Computertechnologie realisiert werden sollen.

3.2 AUFTÄGE (nur Technisches Versuchswesen, nichtstaatliche Anstalten)

Nr. 502 Arbeitskreis Bauen und Umwelt der Akademie für Umwelt und Energie, Laxenburg

Arbeiten zum Grundlagendokument "Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz"; Auftragshöhe: S 18.900,--;

Die Richtlinien des Rates (der EG) vom 21.12.1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über Bauprodukte bestimmt in Artikel 12, daß im Auftrag der KEG technische Ausschüsse mit der Ausarbeitung von Grundlagendokumenten zu befassen sind, die die festgelegten wesentlichen Anforderungen näher spezifizieren. Auf Grundlage dieser Dokumente sollen die künftigen Normen und Leitlinien für die europäische technische Zulassung erarbeitet werden. Seitens der EFTA wurde ein EFTA-Sektoralabkommen für Bauprodukte erstellt, wodurch die Grundlagendokumente die gleiche Bedeutung für den EFTA-Raum erhalten. National wurden zu jedem Grundlagendokument ein Spiegelausschuß gegründet, in dem die österr. Stellungnahme erarbeitet wird und durch einen Vertreter dieses Spiegelausschusses im CEN vertreten wird. Das Grundlagendokument "Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz" ist von allen Grundlagendokumenten am breitesten gefächert und umfaßt die Bereiche: Allgemeine Hygiene und Gesundheit, Raumluft, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung, Feuchtigkeit, Krankheitserreger, Schädlinge und Ungeziefer, Außenluft. Die Führung des österr. Spiegelausschusses in diesem Bereich hat der im Rahmen der Akademie für Umwelt und Energie tätige "Arbeitskreis Bauen und Umwelt" übernommen (Rechtsträger ist das Land Niederösterreich). Da eine umfassende Stellungnahme nur dann abgegeben werden kann, wenn die einschlägigen österr. Rechtsvorschriften

bekannt sind, dies aber aufgrund der Breite dieses Dokumentes von dem Spiegelausschuß selbst, der jährlich 3 bis 5 mal zusammentritt, nicht bewerkstelligt werden kann, wurde angeregt, die Arbeiten im Rahmen eines Auftrages an den "Arbeitskreis Bauen und Umwelt" zu vergeben. Das Ergebnis dieser Arbeit kann auch für künftige Anpassungserfordernisse herangezogen werden, die sowohl den Bund als auch die Länder betreffen werden.

Nr. 503 Österreichische Gesellschaft für Mikrochemie und analytische Chemie, Wien

Ringversuch "Abwasseranalytik, Klärschlamm";
Auftragshöhe: S 28.900,--;

Auf Grund des im Vorjahr bereits über Metallanalytik durchgeführten Ringversuches, wurde unter Einbeziehung eines größeren Bereiches ein Auftrag zur Durchführung eines Ringversuches auf dem chemischen Sektor vergeben, um auf dem Gebiet der Abwasseranalytik die Befähigung staatlich autorisierter Prüfanstalten beurteilen zu können. Die aus dem Ringversuch gewonnenen Erkenntnisse bzw. auch eine allfällige Nichtteilnahme wären bei künftigen Autorisations- bzw. Akkreditierungsangelegenheiten für eine Beurteilung heranzuziehen. Die aus dem Ringversuch gewonnenen Erkenntnisse sollten aber auch seitens der Versuchsanstalten genutzt werden, um allfälligen künftigen gesetzlichen Regelungen und den internationalen Entwicklungen entsprechen zu können.

Nr. 504 BVFA-Arsenal, Wien

Ringversuch "Radioaktivität in Baustoffen gemäß ÖNORM 5200"; Auftragshöhe: S 19.200,--;

Auf Grund der Integrationsbemühungen Österreichs bzw. der Schaffung des europäischen Wirtschaftsraumes wird es

künftighin dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen, für gewisse technische Bereiche Versuchsanstalten und dergleichen zu nominieren, deren Zeugnisse international anerkannt werden. Auf Grund der Federführung des Ressorts im internationalen und nationalen Akkreditierungswesen (Österr. Vertretung im Ständigen Komitee der Tampere-Konvention und der WELAC) ist es notwendig, in verschiedenen technischen Bereichen Ringversuche durchzuführen. Da das zukünftige Akkreditierungsgesetz subsidiär gilt und derzeit nicht die Absicht besteht, eigene gesetzliche Vorschriften für Strahlenschutzprüfstellen zu schaffen, werden diese Prüfstellen ebenfalls in den Geltungsbereich des Akkreditierungsgesetzes fallen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sehen vor, regelmäßig Ringversuche durchzuführen. Der gegenständliche Ringversuch wurde daher im Sinne des Entwurfes des Akkreditierungsgesetzes als begleitendes Überwachungsinstrument für Versuchsanstalten in Auftrag gegeben.

Nr. 505 Magistrat der Stadt Wien,
Magistratsabteilung 39

Ringversuch "Hohlziegel gemäß ÖNORM B 3200";
Auftragshöhe: S 23.900,--;

Abgesehen von der Tatsache, daß die Durchführung von Ringversuchen künftighin verpflichtend sein wird, sollen die Versuchsanstalten schon jetzt einen Überblick über ihre Leistungsfähigkeit im Rahmen von Ringversuchen bieten können. In diesem Sinne wurde auch dieser Auftrag vergeben und als zu prüfendes Material Hohlziegel vorgesehen, wobei die Abmessungen, Maße, Ziegelrohdichte, Scherbenrohdichte, Druckfestigkeit, spezifische Saugfähigkeit gemäß Punkt 4 der ÖNORM B 3200 festzustellen waren.

STRASSENFORSCHUNG

4.1 Allgemeiner Überblick

Auf Grund der Bestimmungen des § 6 des Bundesstraßengesetzes 1971 in der Fassung der Bundesstraßengesetznovelle 1983 werden für Zwecke der Forschung und für grundlegende Untersuchungen in Angelegenheiten der Bundesstraßen, ausgenommen die Straßenpolizei, finanzielle Mittel aus dem Straßenbaubudget zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind im Interesse der Umweltverträglichkeit und der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau sowie der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation, Information und Publikation in allen Bereichen der Bundesstraßen, ausgenommen die Straßenpolizei zu verwenden.

Die administrative Abwicklung der Einreichung, Angeboterstellung, Förderung und Auftragerteilung wird in den Richtlinien für die Gewährung von Forschungsförderungen und die Erteilung von Forschungsaufträgen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten geregelt, welche auch die Geschäftsordnung eines Beirates für die Straßenforschung beinhaltet, der als beratendes Organ vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten berufen wurde. Diesem Beirat obliegt es, Anträge über die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu begutachten.

Die Verbreitung der Forschungsergebnisse erfolgt in einer eigenen Schriftenreihe, in der die Berichte über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten im

Rahmen der Straßenforschung geförderten bzw. in Auftrag gegebenen Forschungsvorhaben veröffentlicht werden.

Zur Erfüllung der Informationsaufgaben werden in dieser Schriftenreihe in besonderen Fällen aber auch andere, die Entwicklung des Straßenbaues betreffende Forschungsberichte aufgenommen.

In einem jeweiligen Jahresbericht, der an alle am Straßenbau Interessierten zur Verteilung gelangt, wird eine Überblick über sämtliche laufende Forschungsvorhaben, Aufträge und Förderungen gegeben und in Kurzbeschreibungen die Zielsetzungen der laufenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten angedeutet.

Seitens des Bundeskanzleramtes wurde als österr. Kontaktstelle für den im Rahmen der OECD bestehenden Dokumentationsdienst für Straßenforschung (IDS) das BMwA namhaft gemacht. Für die Betreuung der österr. Forschungsdokumentation wurde in der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal eine Dokumentationsstelle für Straßenbau und Verkehrstechnik eingerichtet.

4.2 Forschungsanalytischer Teil

Im Rahmen der Straßenforschung wurden bisher insgesamt etwa 670 Forschungsvorhaben - davon ca. 40 im Jahr 1990 - zum Abschluß gebracht, welche sich mit Untersuchungen über Infrastruktur und Investitionen, Kapazitäts- und Rationalisierungsstudien im bauwirtschaftlichen Bereich, mit Untersuchungen über die Entwicklung besonderer Straßenbautechniken, über Prüf- und Aufbereitungsverfahren für Baumaterialien, mit technischen Problemen des Brücken- und Tunnelbaues, mit Fragen der Verkehrssicherheit sowie mit Problemen des Umweltschutzes befaßten.

Bis Ende 1990 wurden 389 Hefte der Schriftenreihe "Straßenforschung" mit Schlußberichten von abgeschlossenen Forschungsvorhaben herausgegeben.

Für das Jahr 1990 waren im Bundesfinanzgesetz S 47,1 Mio. für die Straßenforschung veranschlagt. Davon wurden 28,1 Mio. S für Aufträge und Förderungen sowie Dokumentationen auf dem Gebiet der Straßenforschung verbraucht. 1990 wurden für insgesamt 17 Vorhaben Förderungszusagen gemacht bzw. Aufträge erteilt.

ALLGEMEINE HOCHBAUFORSCHUNG

5.1 Allgemeiner Überblick

Schwerpunkte auf dem Gebiet der allgemeinen Hochbauforschung sind Forschungsaufträge berreffend Energiesparmöglichkeiten, Schallschutzmaßnahmen, Schutzraumeinrichtungen, qualitätsverbessernde Untersuchungen allgemeiner Art und die wirtschaftliche und funktionsgerechte Planung von Gebäuden. Die Bearbeitung der Forschungsaufträge erfolgt im Einvernehmen mit der Wohnbauforschung und, wo es sachlich begründet ist, auch im Einvernehmen mit anderen Ressorts.

5.2 Forschungsanalytischer Teil

Im Jahr 1990 wurden im wesentlichen langfristig die laufenden Arbeiten fortgesetzt. Die Steigerung der technischen Qualität von Gebäuden erfordert dabei Forschungsaktivitäten auf den verschiedensten Spezialgebieten.

Für eine heiz- und wärmeschutztechnisch abgestimmte Bemessung von Gebäuden und zur Abschätzung deren durchschnittlichen jährlichen Energiebedarfes wurden im Jahre 1990 die Arbeiten an der Erfassung und sachlichen Aufbereitung maschinentechnisch und nutzungsspezifisch

relevanter Ausgangsdaten fortgeführt und auch abgeschlossen. Die Ergebnisse werden nun zu Publikationen verarbeitet. In weiterer Folge wurden die bezüglich der Ermittlung des Wärmeleistungsbedarfes, der Wärmemengen- und Energieverbräuche sowie verschiedener instationärer Zustände von Gebäuden für Großrechner entwickelten ADV-Programme nunmehr auch PC-tauglich gestaltet. Dabei wurde für eine breite Anwendung außerdem eine Ausstattung mit interaktiven Eingabeprogrammen vorgesehen. In eingeleiteten Testrechnungen sollen die Rechenprogramme zunächst praktisch erprobt werden.

Auf dem Gebiet des Schallschutzes steht aufgrund eingerender Untersuchungen ein Katalog über Baumaterialien mit schalltechnischen Werten in Bearbeitung; dieser Katalog soll zur schalltechnischen Beurteilung von Bauten und zur schalltechnisch einwandfreien Projektsplanung herangezogen werden können.

In einem weiteren Forschungsauftrag wurden für die Berechnung optimaler Fluchtwege und Räumungszeiten von Gebäuden im Gefahrenfall EDV-Programme erstellt. Die Implementierung der Programme am Bundeschulrechenzentrum ist inzwischen erfolgt. Weitere praktische Versuche sind in Durchführung.

Nach der Veröffentlichung des ersten Teiles einer umfangreichen "Standardisierten Leistungsbeschreibung für Elektrotechnik (LB-E)" werden nunmehr schrittweise Publikationserweiterungen der LB-E vorgesehen. Desgleichen werden im Jahre 1990 die Veröffentlichungsarbeiten bezüglich der standardisierten Leistungsbeschreibungen für die Heizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen (LB-HLS) in Angriff genommen. Auf dem Hochbaubereich (LB-H) konnten die Vorarbeiten für eine Publikation von 10 neuen Professionenleistungsgruppen weit vorangetrieben werden.

Die einzelnen Forschungsarbeiten der Auftragnehmer werden laufend von einer Gruppe in der Praxis tätiger und mit der Materie vertrauter Fachleute des staatlichen Hochbaues überprüft. Durch diese Zusammenarbeit können die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch praxisnäher gewonnen und auf den Bedarfsfall zugeschnitten werden. Die Ergebnisse der einzelnen Forschungsaufträge werden schließlich im Rahmen der Schriftenreihe des staatlichen Hochbaues veröffentlicht, um die erarbeiteten Planungshilfen allgemein zugänglich zu machen.

WOHNBAUFORSCHUNG

Gemäß Bundesvoranschlag 1990 standen der Wohnbauforschung auf den Ansätzen

1/64145	S 7,000.000,--
1/64146	S 50,000.000,--
1/64148	S 5,000.000,--

zur Verfügung, die vorwiegend für die Auszahlung laufender Projekte (S 52,151.019,--) Verwendung fanden.

Weiters wurden im Berichtsjahr vier neue Projekte genehmigt, die sich mit Fragen des ländlichen Bauens, der Baukosten, der Wohnungsgemeinnützigkeit und neuen Architekturformen beschäftigen.

Im gleichen Zeitraum konnten 38 Forschungsarbeiten abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt dieser Studien lag bei Fragen der Haus- und Bautechnik (Lärmschutz und Wärmedämmung), Demonstrativbauvorhaben im Mitbestimmungsbereich, sowie bei den Bau- und Wohnkosten. Die übrigen Forschungsarbeiten entstammen den Bereichen Wohnbaupolitik, Stadterneuerung, Boden- und Raumordnung.

Durch die beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eingerichtete Informations- und Dokumentationsstelle der Wohnbauforschung besteht die Möglichkeit, Informationen über alle geförderten Projekte und über abgeschlossene Studien zu erhalten. Darüber hinaus erscheinen monatlich Kurzinformationen über Forschungsvorhaben in diversen Fachzeitschriften und der "Jahresbericht" der Wohnbauforschung.

7. WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE

7.1 Allgemeines:

In dem Bestreben, den kleinen und mittleren Unternehmungen die Anpassung an strukturelle Wandlungen zu ermöglichen, fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowohl institutionell als auch durch finanzielle Beteiligung an Gutachten und Forschungsaufträgen Vorhaben im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, welche auf die Analyse längerfristiger Entwicklungstendenzen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft abzielen.

7.2 Forschungsanalytischer Teil

Praxisbezogene wirtschaftswissenschaftliche Forschung im Institut für Gewerbeforschung

Das im Jahr 1952 gegründete Institut steht den Mitgliedern und Auftraggebern für Forschungsarbeiten, Erarbeitung und Analyse von Fakten bzw. Daten, zur Vorbereitung und Ausarbeitung von Stellungnahmen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur Verfügung. Forschungsschwerpunkte bestehen in der Untersuchung von Wertvorstellungen und dem Verhalten von Unternehmern mit

konkreten Auswirkungen auf den Prozeß der Unternehmensgründung, Unternehmensführung und Unternehmensstrategie (Untersuchungen zum Thema "Internationalisierung" und "Kooperation") und im Bereich des "Marketing" (Forschungsmarketing).

Weiters werden die geförderten Projekte des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft jährlich einer Erfolgskontrolle unterzogen (Forschungsmultiplikator). Im Auftrag der UNIDO wird an einem Handbuch für die Bewertung von kleinen und mittleren Investitionsprojekten gearbeitet.

Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat das Institut für Gewerbeforschung in den Jahren 1989 und 1990 Basissubventionen im Gesamtbetrag von S 1,800.000,-- erhalten.

Österreichisches Institut für Formgebung

Da bei den Überlegungen zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den ausländischen Produkten stärker als bisher der Formgebung Augenmerk geschenkt werden muß, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gemeinsam mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft die Förderung des seit dem Jahr 1958 bestehenden Österr. Institut für Formgebung (ÖIF) intensiviert.

Zu den Aufgaben des Österreichischen Instituts für Formgebung gehört sowohl die Erarbeitung der Grundlagen des Industrial Design als auch die Vermittlung der diesbezüglichen Erkenntnisse an Unternehmungen und an die öffentliche Hand.

Seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden in den Jahren 1989 und 1990 Förderungsmittel im Rahmen der Basissubventionen in Höhe von insgesamt S 1,8 Mio. ausbezahlt.

Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft

Das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft als von der Handelskammerorganisation und der Vereinigung Österreichischer Industrieller gegründetes und getragenes Forschungsinstitut führt Detailauswertungen von Arbeitsmarktdaten für bestimmte Teilarbeitsmärkte durch. Die Ergebnisse mehrerer Forschungsprojekte dienten als Beitrag für die Arbeitsgruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, die unter dem Titel "Qualifikation 2000" eine Bestandsaufnahme vorgelegt, mittelfristige Trends aufgezeigt und Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen dargestellt hat. Zum Arbeitsprogramm 1990 zählten u.a. folgende Projekte: Qualifikations- und Arbeitsmarktforschung, Bildungs- und Berufsinformation, Lehrlingsausbildung, Ausbildung der Ausbilder, Erforschung der Gründe für Studienerfolg und Studienabbruch in wirtschaftsnahen Studienrichtungen.

Die Tätigkeit des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft wurde in den Jahren 1989 und 1990 seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten durch die Gewährung von Basissubventionen in Gesamthöhe von S 1,9 Mio. unterstützt.

8. ENERGIEFORSCHUNG

Zur Thematik "Effizientere Elektrizitätsverwendung" ist die Vergabe einer Studie eventuell gemeinsam mit anderen berührten Ressorts (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung - Bund/Länder Kooperation) zur Ermittlung des Potentials zur effizienteren Elektrizitätsverwendung bei Kleinabnehmern und dessen Realisierung im Zuge der Tarifreform ("Stromsparpotential") vorgesehen.

Darüber hinaus wird auf die bescheidmäßige allen antragstellenden EVU erteilte Auflage hingewiesen, bis spätestens 30. Juni 1991 einen Pool für Zwecke der Energieforschung im Sinne des Energieberichtes 1990 zu schaffen.

9. ALLGEMEINE INNOVATIONSPOLITIK

Zu den wesentlichen Schwerpunkten der Tätigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zählen im Bereich der allgemeinen Innovationspolitik die Angelegenheiten der Durchführung von Innovationsberatungen und des Technologietransfers. Dabei hat die 1984 gegründete Innovationsagentur Ges.m.b.H. wesentlich zur Verbesserung der Kooperation zwischen der Grundlagenforschung an den Universitäten und der angewandten Forschung in der Wirtschaft beigebracht.

Darüber hinaus hat sich die Innovationsagentur als ein wertvolles Instrument bei der Durchsetzung von Innovationsprojekten erwiesen. Neben der Vermittlung und der praxisgerechten Umsetzung von Innovationsideen sind u.a. die Erforschung und Beseitigung von maßgeblichen Innovationshemmnissen ein wesentliches Ziel.

Hiezu zählen u.a.:

- Mitwirkung am Seed Financing Programm der Bundesregierung im Rahmen des ITF
- Vergabe des Jungunternehmerpreises für innovative Technologien
- Führung des Sekretariat der VTÖ als "Clearing"-Stelle für gemeinsame Aktivitäten der österreichischen Technologiezentren
- Mitwirkung an Forschungs- und Entwicklungsprojekten von Industrie und Gewerbe

- Vergabe von geförderten Darlehen für Patentanmeldungen im Ausland
- Design

Seit 1979 wird alljährlich der Österreichische Staatspreis für Innovation vergeben. Mit ihm sollen Entwicklungen von Produkt-, Verfahrens- bzw. Materialinnovationen, aber auch Neuerungen auf dem Gebiet von Management und Marketing ideell und finanziell gefördert werden. Der Staatspreis für Innovationen für 1990 wurde am 20.2.1991 vom Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten an die Firma Bachmann Electronic Ges.m.b.H., Feldkirch-Tosters verliehen.

Im Rahmen der Durchführung des Technologie- und Innovations-tests durch das WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, erfolgt in regelmäßigen Zeitabständen eine Analyse der Struktur der betrieblichen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in den Bereich HIGH TECH und mittlere Technologien.

Das "Österr. Sekretariat für EG-Forschungs- und Technologieprogramme und EUREKA" wird von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft unter Mitwirkung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung geführt.

Die Mitarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten bezieht sich vor allem auf die

- Forcierung der österr. Teilnahme an der europäischen Forschungskooperation
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit (Durchführung von Symposien, Partnerbörsen, Teilnahme an Fachmessen) und
- Ausdehnung der Forschungskooperation auf die östlichen Nachbarländer.

Weiters bereitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ein ressortumfassendes, koordiniertes Forschungskonzept vor.

Ziel dieses Konzeptes ist einerseits, durch die Ausrichtung der Forschungsförderung auf bestimmte inhaltliche Schwerpunkte einen effizienten Einsatz der finanziellen Mittel sicherzustellen, andererseits, für eine einheitliche und transparente Vergabepraxis Vorsorge zu treffen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft führt die Österr. Akademie der Wissenschaften ein Forschungsprojekt "Technikbewertung von Produktionsalternativen für Industriechemikalien und Energieträger aus erneuerbaren Rohstoffen" durch.

Mit dem Instrumentarium des "Technology Assessment" erfolgt eine integrative Untersuchung von mit industriellen Bedürfnissen im Einklang stehenden Produktionsalternativen nach betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien.

Damit sollen die für Österreich besonders gut geeigneten Produktionsalternativen identifiziert und eine praktisch umsetzbare Strategie entwickelt werden, die die vielfältigen Einzelergebnisse der umfangreichen Forschung auf diesem Gebiet zusammenführt.

Produkte und Verfahren zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt geben wichtige Impulse für unternehmerische Forschung und Entwicklung. Sie sind Antrieb für Investitionen und somit für die Wirtschaftsentwicklung. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten laufen daher umweltrelevante Forschungsaufträge in den Bereichen Tourismus, Wohn- und Hochbau sowie im Bereich der Bundesstraßenverwaltung.

Darüber hinaus koordiniert die für die zusammenfassende Behandlung von Umweltschutzangelegenheiten im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständige Organisationseinheit die Vorarbeiten für die Vergabe verschiedener umweltrelevanter Studien.